

Auftragsbekanntmachung

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle)

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Offizielle Bezeichnung: Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Gesundheit, dieses vertreten durch das Bundesverwaltungsamt

Ort: Köln

NUTS: Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)

Land: Deutschland (DE)

E-Mail: vergabestelle@vdivde-it.de

Hauptadresse: <https://www.bva.bund.de>

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter:

<https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=212759>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt:

folgende Kontaktstelle:

Offizielle Bezeichnung: VDI/VDE Innovation + Technik GmbH

Ort: Berlin

NUTS: Berlin (DE300)

Land: Deutschland (DE)

E-Mail: vergabestelle@vdivde-it.de

Hauptadresse: <http://www.vdivde-it.de>

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen:

elektronisch via:

<https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=212759>

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen

I.5) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung

Bezeichnung des Auftrags:

Studie zur Analyse der regionalen Unterschiede bei der Antibiotika-Verordnung

Referenznummer der Bekanntmachung:

322-4471-02/168

II.1.2) CPV-Code

Hauptteil:

Dienstleistungen im Bereich Forschung und experimentelle Entwicklung
(73100000)

II.1.3) Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4) Kurze Beschreibung

Antibiotika gehören mit zu den am häufigsten verordneten Arzneimitteln in Deutschland und sind essentiell für die Behandlung von bakteriellen Infektionen. Es gibt bzgl. der Antibiotika-Verordnungen hinsichtlich der regionalen Verteilung und in den verschiedenen Altersgruppen deutliche Unterschiede im humanmedizinischen Bereich. Gegenstand des Auftrags ist es, die Gründe, die hinter den bekannten Unterschieden in den Antibiotika-Verordnungen stehen, zu identifizieren. Die Studie umfasst dabei zwei Arbeitspakete. Arbeitspaket 1 beinhaltet die Analyse aktueller Daten im Hinblick auf Unterschiede bei der Antibiotika-Verordnung und der anschließenden vergleichenden Darstellung mit bereits publizierten Daten. Arbeitspaket 2 umfasst die Eruiierung der zugrundeliegenden Ursachen für diese Unterschiede.

Dabei soll auf die Hintergründe und Ursachen A) hinsichtl. der Unterschiede der regionalen Verteilung und B) hinsichtlich der Unterschiede in den verschiedenen Altersgruppen eingegangen werden.

II.1.6) Angaben zu den Losen

keine Aufteilung des Auftrags in Lose

II.2) Beschreibung

II.2.3) Erfüllungsort

NUTS-Code:

DEUTSCHLAND (DE)

II.2.4) Beschreibung der Beschaffung

Antibiotika gehören mit zu den am häufigsten verordneten Arzneimitteln in Deutschland und sind essentiell für die Behandlung von bakteriellen Infektionen. In Deutschland gibt es bezüglich der Antibiotika-Verordnungen auf Basis der Daten aus dem Versorgungsatlas des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung sowohl hinsichtlich der regionalen Verteilung als auch in den verschiedenen Altersgruppen deutliche Unterschiede im humanmedizinischen Bereich. Gegenstand des Auftrags ist es, die Gründe, die hinter den bekannten Unterschieden in den Antibiotika-Verordnungen stehen, zu identifizieren. Die Studie umfasst dabei zwei Arbeitspakete. Arbeitspaket 1 beinhaltet die Analyse aktueller Daten im Hinblick auf Unterschiede bei der Antibiotika-Verordnung und der anschließenden vergleichenden Darstellung mit bereits publizierten Daten. Arbeitspaket 2 umfasst die Eruierung der zugrundeliegenden Ursachen für diese Unterschiede.

Dabei soll auf die Hintergründe und Ursachen A) hinsichtlich der Unterschiede der regionalen Verteilung und B) hinsichtlich der Unterschiede in den verschiedenen Altersgruppen eingegangen werden.

Näheres ist der Leistungsbeschreibung zu entnehmen.

II.2.5) Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien:

Qualitätskriterium

Name: Qualität / Gewichtung: 70

Preis

Gewichtung: 30

II.2.7) Laufzeit des Vertrags oder der Rahmenvereinbarung

Laufzeit in Monaten:

36

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind nicht zulässig.

II.2.11) Angaben zu Optionen

Optionen:

nein

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird:

nein

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Teilnahmebedingungen

III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen

Angaben zum Bewerber (Formular-Ziffern I bis VII „Eigenerklärungen zur Eignung EU – BMG“)

Soweit es sich um eine Bewerbergemeinschaft handelt oder der Bewerber sich auf die Eignung von anderen Unternehmen (z. B. Unterauftragnehmern) beruft, sind diese Erklärungen und Dokumente von allen benannten Unternehmen und Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft vorzulegen, soweit nachfolgend nicht anders angegeben.

- Bewerberbogen (entspricht Ziffer I): Der Bewerber hat die Bezeichnung seines Unternehmens mit Anschrift, Telefon- und Faxnummer sowie E-Mail-Adresse und Ansprechpartner/in zu nennen. Der Bewerberbogen des Bewerbers entsprechend Formularblatt I ist von dem Bewerber und ggf. allen an der Bewerbergemeinschaft beteiligten Unternehmen, nicht aber von den einzelnen Unterauftragnehmern auszufüllen.

- Erklärung zum Einsatz von Unterauftragnehmern (nur soweit einschlägig; entspricht Ziffer II): Der Bewerber hat anzugeben, für welche Leistungsbestandteile er Unterauftragnehmer einsetzen wird. Die Unterauftragnehmer, die bereits feststehen, sind unter Angabe des Leistungsbereichs und Beschreibung der Teilleistungen (Art und Umfang) mit vollständiger Firmenbezeichnung und Unternehmenssitz zu benennen.

- Verpflichtungserklärung im Rahmen der Eignungsleihe (nur soweit einschlägig; entspricht Ziffer III): Erklärung des sich verpflichtenden Unternehmens, dass im Falle der Zuschlagserteilung dem Bewerber die erforderlichen Kapazitäten zur Verfügung stehen.

- Erklärung der Bewerbergemeinschaft (nur soweit einschlägig; entspricht Ziffer IV): In der Erklärung sind sämtliche Konsortialpartner der Bewerbergemeinschaft zu benennen. Es ist anzugeben, welche Leistungsbestandteile von welchem Unternehmen erbracht werden sollen. Dabei ist kenntlich zu machen, welchen Status (Mitglied einer Bewerbergemeinschaft) das jeweilige Unternehmen genießt. Die einzelnen Unternehmen sind mit vollständiger Firmenbezeichnung und Unternehmenssitz zu benennen.

- Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB i. V. m. § 42 VgV (entspricht Ziffer VI).

- Eigenerklärung zum Nachweis der Zuverlässigkeit trotz Vorliegens von Ausschlussgründen - Selbstreinigung nach § 125 GWB (entspricht Ziffer VII).

Zusätzlich: Auszug aus dem Handelsregister

Aktueller Auszug aus dem Handelsregister oder anderen Berufsregistern für das Unternehmen (nicht älter als sechs Monate, wobei für die Berechnung der Tag maßgeblich ist, an dem die Teilnahmefrist endet), soweit die Eintragung für das jeweilige Unternehmen nach den jeweils einschlägigen Rechtsnormen vorgeschrieben ist. Die Vorlage einer Fotokopie reicht aus.

III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen

Soweit es sich um eine Bewerbergemeinschaft handelt oder der Bewerber sich auf die Eignung von anderen Unternehmen (z. B. Unterauftragnehmern) beruft, sind diese Erklärungen und Dokumente von allen benannten Unternehmen und Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft vorzulegen, soweit nachfolgend nicht anders angegeben.

Zu 1.: Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens bezogen auf die letzten drei Geschäftsjahre. Sollte ein Unternehmen erst seit weniger als drei Jahren bestehen, sind die entsprechenden Angaben für die Geschäftsjahre seit Unternehmensgründung zu machen. Es ist zudem gesondert und unter Angabe des Gründungszeitpunkts zu erklären, dass das betreffende Unternehmen seit weniger als drei Jahren besteht.

Der jährliche Gesamtumsatz des Unternehmens muss mindestens doppelt so hoch wie der Brutto-Auftragswert sein. Dies gilt als Mindestanforderung.

Zu 2.: Eigenerklärung über den Umsatz des Unternehmens bezogen auf die letzten drei Geschäftsjahre zu mit dem Auftragsgegenstand vergleichbaren Leistungen. Sollte ein Unternehmen erst seit weniger als drei Jahren bestehen, sind die entsprechenden Angaben für die Geschäftsjahre seit Unternehmensgründung zu machen. Es ist zudem gesondert und unter Angabe des Gründungszeitpunkts zu erklären, dass das betreffende Unternehmen seit weniger als drei Jahren besteht.

Als vergleichbar werden Leistungen anerkannt, die folgende Mindestvoraussetzungen erfüllen: Durchführung von Studien, Beratungen oder Datenanalysen im Gesundheitsbereich oder der Arzneimittelversorgung in einem ähnlichen Umfang.

Der jährliche projektbezogene Umsatz muss mindestens genauso hoch wieder der Brutto-Auftragswert sein. Dies gilt als Mindestanforderung.

Zusätzlich: Bankauskunft

Vorlage einer aktuellen schriftlichen Auskunft eines Kreditinstituts zum Zahlungsverhalten des Unternehmens (nicht älter als drei Monate, wobei für die Berechnung der Tag, an dem die Teilnahmefrist endet, maßgeblich ist). Die Auskunft muss erkennen lassen, wie lange die Geschäftsverbindungen zwischen dem jeweiligen Kreditinstitut und dem Unternehmen bestehen. Zudem muss die Auskunft darlegen, ob die Kundenbeziehungen zum Unternehmen ordnungsgemäß verlaufen. Die Vorlage einer Fotokopie reicht aus.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards

Mindestanforderungen:

Der jährliche Gesamtumsatz des Unternehmens muss mindestens doppelt so hoch wie der Brutto-Auftragswert sein.

Der jährliche projektbezogene Umsatz muss mindestens genauso hoch wieder der Brutto-Auftragswert sein.

III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen

Zu 1.: Erklärung zur Anzahl der zum Zeitpunkt der Antragseinreichung fest angestellten Mitarbeiter, die im projektrelevanten Umfeld tätig sind, sowie zur Anzahl der fest angestellten Mitarbeiter, die für das Projekt zur Verfügung stehen

Zu 2.: Referenzen: Ausführliche Darstellung über die Durchführung vergleichbarer Aufgaben in den letzten drei Jahren (maßgeblich für die Berechnung ist der Tag, an dem die Teilnahmefrist endet). Für die Beurteilung einer Bewerbergemeinschaft wird diese als Ganzes beurteilt. Es ist ausreichend, wenn mindestens ein Mitglied die geforderten Erklärungen und Nachweise erbringt, soweit sich aus den folgenden Festlegungen nichts anderes ergibt.

Die entsprechenden Darstellungen müssen eine hinreichend ausführliche Beschreibung des Auftragsinhalts und des zeitl. Auftragsumfangs in Personentagen enthalten. Anzugeben sind Adresse und Telefonnummer des Ansprechpartners bei dem jeweiligen AG der als Referenz genannten Aufträge sowie die Rolle, die der Leistungserbringer in dem jeweiligen Auftrag eingenommen hat.

Durch die Referenzen soll nachgewiesen werden:

- Kompetenzen und Erfahrungen in der Durchführung von Studien, Datenanalysen und Beratungsleistungen im Gesundheitswesen und Versorgungsforschungsbereich, die einen ähnlichen Rahmen wie die ausgeschriebene Leistung hatten,

mindestens zweijährige Erfahrungen:

- in der Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen und Hochschulen, mit Gesundheitswirtschaft, Wissenschaftsorganisationen und Stiftungen,
- bei der Aufbereitung von Forschungsergebnissen sowie bei der Erstellung von Bestandserhebungen, Machbarkeitsstudien und Evaluierungen,
- in der Zusammenarbeit mit öffentlichen Auftraggebern, vorzugsweise mit Bundesbehörden, Ministerien und in der Politikberatung.

Ein Referenzauftrag kann mehrere der geforderten Gesichtspunkte abdecken. Es sind jedoch insgesamt mindestens drei verschiedene Referenzaufträge zu benennen.

Hinweise:

Die Vorlage von Unternehmensreferenzen des Unterauftragnehmers ist zulässig, aber nicht zwingend erforderlich. Hinsichtlich einer möglichen Eignungsleihe ist Ziffer 2.7 zu beachten.

Zu 3.: Verantwortliche bzw. leitende Mitarbeiter/innen

Ausführliche Darstellung der Qualifikationen und fachbezogenen Erfahrungen der für die Leistungserbringung vorgesehenen verantwortlichen bzw. leitenden Mitarbeiter des Bewerbers. Für die vorgesehenen verantwortlichen bzw. leitenden Mitarbeiter müssen folgende Qualifikationen anhand der Qualifikationsprofile jedes einzelnen der einzusetzenden Mitarbeiter nachgewiesen werden, wobei für jede der im Folgenden genannten Qualifikationen Referenzen vorzulegen sind:

- Profunde Kenntnisse im Gesundheitswesen, insbesondere im Bereich Versorgungsprozesse und -strukturen
- Mindestens zweijährige Erfahrungen in vergleichbaren Projektleitungen,
- Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit öffentlichen Auftraggebern,
- Erfahrungen in der Datenerhebung sowie Durchführung von Datenanalysen im Gesundheits- und Versorgungsforschungsbereich sowie der Pharmakoepidemiologie,

- Erfahrungen bei der Erstellung von Studienkonzepten und der Durchführung von Studien im Bereich der Gesundheitsversorgung

Zu 4.: Sonstige Mitarbeiter/innen: Ausführliche Darstellung der Qualifikationen und fachbezogenen Erfahrungen der für die Leistungserbringung vorgesehenen sonstigen Mitarbeiter des Bewerbers. Für das Mitarbeiterteam müssen folgende Qualifikationen anhand der Qualifikationsprofile jedes einzelnen der einzusetzenden Mitarbeiter nachgewiesen werden, wobei für jede der im Folgenden genannten Qualifikationen Referenzen vorzulegen sind:

- Kenntnisse über das deutsche Gesundheitswesen
- Kenntnisse und Erfahrungen in der wissenschaftlichen Forschung (qualitative und quantitative Methoden), idealerweise der Arzneimittel-Versorgungsforschung
- Erfahrungen in der bedarfsgerechten Aufbereitung von Forschungsergebnissen, idealerweise im Bereich der Auswertung von Versorgungsdaten sowie Erfahrungen bei der Unterstützung des Forschungstransfers.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards

Der Bewerber sollte zum Zeitpunkt der Angebotseinreichung mindestens 4 Mitarbeiter/innen im projektrelevanten Umfeld beschäftigen, wovon mindestens 2 Mitarbeiter/innen für das Projekt zur Verfügung stehen. Dies gilt als Mindestanforderung.

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) Beschreibung

IV.1.1) Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen:
nein

IV.2) Verwaltungsangaben

IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag:

05.10.2018

Ortszeit:

12:00

IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag:

24.10.2018

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch (DE)

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist kein wiederkehrender Auftrag.

VI.3) Zusätzliche Angaben

Die Vergabeunterlagen können ausschließlich in digitaler Form über die e-Vergabeplattform des Bundes („www.evergabe-online.de“) heruntergeladen werden. Informationen zu der e-Vergabeplattform des Bundes und den technischen Voraussetzungen sind auf der Internetseite „www.evergabe-online.info“ abrufbar und erteilt der Support des Beschaffungsamts des BMI (Tel.: 0228/99 610 1234, EMail: support@bescha.bund.de).

Mit dem Teilnahmeantrag erklärt der Bewerber seine Bewerbung um Teilnahme an dem bezeichneten Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb. Die rechtzeitige Zustellung des Teilnahmeantrags liegt im Verantwortungsbereich des Bewerbers. Berücksichtigt werden ausschließlich Teilnahmeanträge, die bis zum 05.10.2018, 12 Uhr elektronisch auf der e-Vergabeplattform des Bundes eingegangen sind.

Fragen zu dem Verfahren oder den Vergabeunterlagen sind ausschließlich elektronisch über die e-Vergabeplattform des Bundes zu stellen. Die Fragen und Antworten werden allen Bewerbern in anonymisierter Form auf der e-Vergabeplattform zur Verfügung gestellt. Die Bewerber sind verpflichtet, sich regelmäßig zu informieren, ob die Vergabeunterlagen aktualisiert worden sind.

Weitere Informationen zu Teilnahmeanträgen, Angeboten und Bieterfragen sind den Bewerbungsbedingungen zu entnehmen.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle

Bezeichnung:	Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt
Postanschrift:	Villemombler Straße 76
Postleitzahl:	53123
Ort:	Bonn
Land:	Deutschland (DE)

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

23.08.2018